

# WIRTSCHAFT

## KOMPAKT

### GIFTSTOFFE

#### Schärfere Kontrollen für Schädlingsbekämpfungsmittel

Die Verbraucher in der Europäischen Union sollen besser vor giftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln etwa in Schuhen oder Polstermöbeln geschützt werden. Eine entsprechende Verordnung verabschiedete das Europaparlament. Sie tritt in allen 27 EU-Staaten in Kraft, wenn sie der Ministerrat in Kürze formal absegnet. Der Neuregelung zufolge müssen Biozide – also Schädlingsbekämpfungsmittel, die etwa in Putzmitteln vorkommen – künftig einem EU-weit einheitlichen Prüfungs- und Zulassungsverfahren unterzogen werden. Anlass für die Neuregelung waren Stiefel und Sofas aus Asien, die zu Hauterkrankungen geführt hatten. **AFP**

### EZB-EINLAGEN

#### Kurzfristige Einlagen deutlich gefallen

Erstmals seit Wochen sind die kurzfristigen Einlagen der Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) wieder unter die Marke von 400 Mrd. Euro gefallen. In der Nacht zum Donnerstag deponierten die Kredithäuser rund 395 Mrd. Euro bei der Zentralbank, wie diese mitteilte. Dies hatte laut EZB aber technische Gründe. Die Höhe der Einlagen gilt als Zeichen für die Verunsicherung in der Bankenbranche der Euro-Zone. Die Kredithäuser lagern ihr Geld lieber zu schlechteren Konditionen bei der Notenbank ein als bei einer Geschäftsbank. **AFP**

### WIKIPEDIA

#### US-Abgeordnete rücken von Internetgesetzen ab

Nach dem Protest von Betreibern mehrerer Websites gegen zwei geplante US-Gesetze zur Verhinderung von Internetpiraterie sind erste Abgeordnete von den Entwürfen abgerückt. Am Mittwoch war unter anderem die Enzyklopädie Wikipedia vom Netz gegangen. „Es ist ziemlich klar, dass an diesem Punkt ein Mangel an Übereinstimmung herrscht“, sagte der Präsident des US-Repräsentantenhauses, John Boehner. Mindestens vier republikanischen Senatoren rückten von der Initiative ab. **dapd**

VOR **50** JAHREN

DIE SCHLAGZEILE VOM 20. JANUAR 1962

#### Weltbank hofft auf mehr Geld aus Europa

Der Gemeinsame Markt werde zu einer höheren wirtschaftlichen Zuwachsrates führen, hofft Weltbankpräsident Eugene R. Black. Das Wirtschaftswachstum werde nicht nur eine engere Zusammenarbeit mit Nordamerika mit sich bringen, sondern auch einen größeren Bedarf an Importen aus Entwicklungsländern. Langfristig würde damit das Wachstum auch ihnen zugute kommen.

### USA

#### Weniger Anträge auf Arbeitslosenhilfe

Am amerikanischen Arbeitsmarkt geht es aufwärts: In der abgelaufenen Woche gab es so wenige neue Anträge auf Arbeitslosenhilfe wie seit fast vier Jahren nicht mehr. Ihre Zahl sank um 50 000 auf 352 000, teilte das Arbeitsministerium am Donnerstag in Washington mit. Ein geringeres Niveau gab es zuletzt im April 2008. Im Dezember hatte die Wirtschaft 200 000 neue Jobs geschaffen. Die Arbeitslosenquote fiel auf 8,5 Prozent. **rtr**

### SCHULDENABBAU

#### Troika erteilt Irland erneut gute Noten

Irland kann sich als Musterschüler unter den EU-Krisenstaaten behaupten. Das Land hat die Auflagen seiner Gläubiger erneut übererfüllt. Die Troika aus Abgesandten der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) lobte am Donnerstag in Dublin, dass Irland beim Schuldenabbau voll im Plan liege. 2011 konnte der irische Finanzminister Michael Noonan die Neuverschuldung auf unter zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) drücken. Den im November 2010 ausgehandelten Vorgaben zufolge hätte das Defizit lediglich auf 10,6 Prozent gesenkt werden müssen. **tik**

■ Zwei Monate nach seinem Antritt als Regierungschef droht Lukas Papademos im Parteien-Kleinklein zu versinken

### FLORIAN HASSEL

Es war ein allgemeines Aufatmen, als nach politischem Wirrwarr in Griechenland Lukas Papademos am 10. November 2011 zum neuen Regierungschef erkoren wurde. Wer sollte besser geeignet sein, das verschuldete Land aus dem Sumpf zu ziehen als der langjährige Vizechef der Europäischen Zentralbank (EZB)? Wer sollte sich den Begrenzungen durch Griechenlands zerstrittene, oft auf ihre Pfründe bedachte Parteien besser entziehen können als der parteilose, stets höfliche Grandseigneur?

Deutschland und Europa setzten „große Hoffnungen und Erwartungen“ auf Papademos, übermittelte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dem neuen Regierungschef. Nun sei der 64 Jahre alte Ökonom gefordert, „schnell die entscheidenden und notwendigen Reformmaßnahmen zu beschließen und umzusetzen, um Griechenland aus der gegenwärtigen Krise zu führen“.

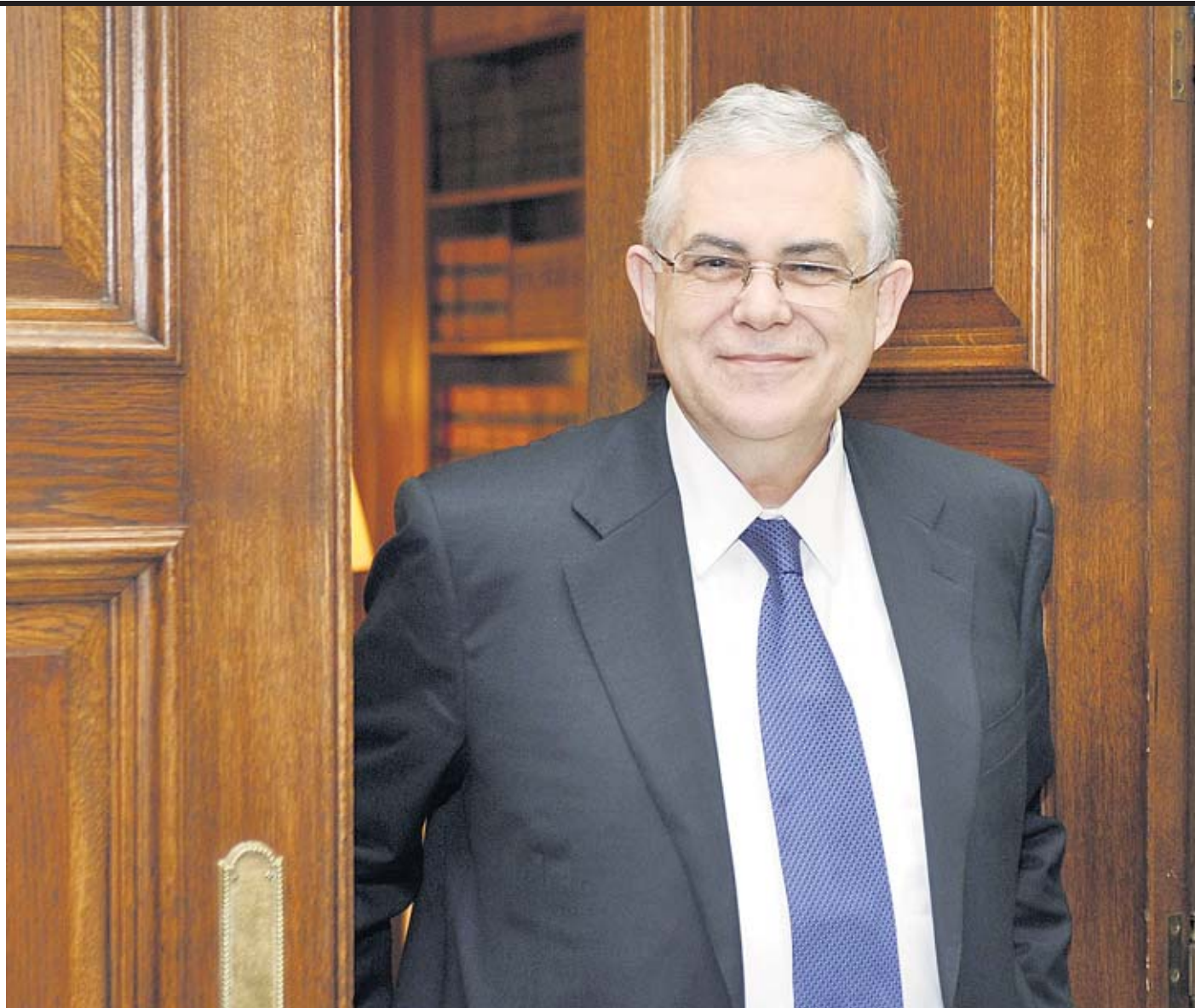
Doch knapp zweieinhalb Monate nach Papademos' Antritt sind die Hoffnungen verfliegen – in Berlin und Brüssel, in Washington und auch in Athen. Selbst wenn die griechische Regierung sich mit privaten Gläubigern über einen Schuldenschnitt einigt – was Voraussetzung für weitere Milliardenkredite durch Euro-Länder und den Internationalen Währungsfonds (IWF) ist –, bleibt unklar, ob eine Mehrheit der Gläubiger eine solche Einigung akzeptiert oder gegen sie vor Gericht zieht.

Zudem verharrt die griechische Wirtschaft in einer tiefen Rezession – und die Politik in einer Schockstarre, die vor notwendigen Reformen zurückschreckt. Ohne diese aber gibt es kein Wachstum; werden die Schulden in Athen selbst nach einer ersten Einigung mit den privaten Gläubigern nicht tragfähig sein. „Als Papademos übernahm, war klar, dass er die Politik immer neuer Steuern und Abgaben beenden und stattdessen bei den Ausgaben sparen und mit Entlassungen im aufgeblasenen Staatsapparat beginnen musste“, sagt der ehemalige Industrieminister Andreas Adrianopoulos. „Von solchen Schritten ist nichts zu sehen. Wir sind alle sehr enttäuscht.“

In der Tat ist die Bilanz der Regierung Papademos mager. Der Ministerpräsident feiert schon Reformen wie in der vergangenen Woche beschlossene Erleichterungen bei Unternehmensgründungen.

Deutlich länger ist die Liste stockender Reformen: Ein neues Steuergesetz liegt immer noch nicht vor. Zwar stimmte das Parlament am Mittwoch einem Gesetz zu, dass über 130 bisher geschützte Berufe öffnen soll. Freilich war davon schon bei einem Gesetz im Sommer 2011 die Rede, ohne dass es viel geöffnet hätte. Inspektoren der Troika bemängeln, dass etwa im Transportsektor, dessen Preise viel höher sind als im übrigen Europa, ausländische Konkurrenz weiter ausgeschlossen sein soll.

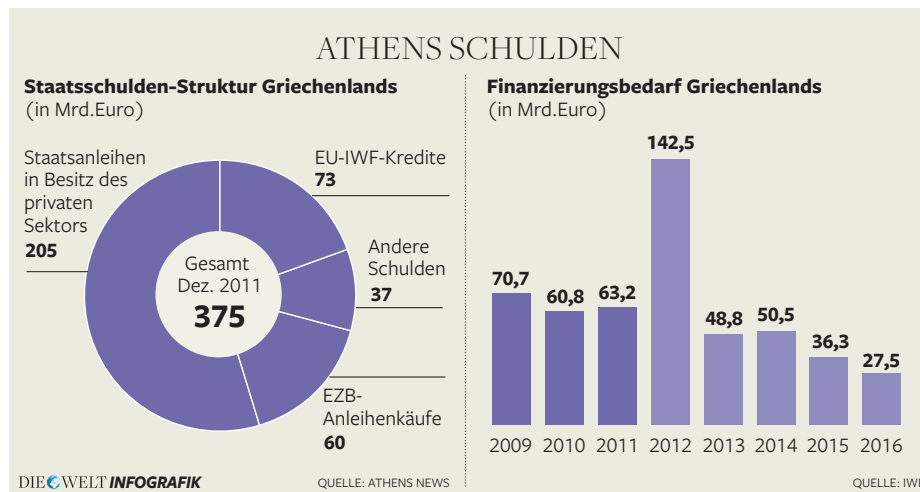
Auch der Verkauf von Staatseigentum kommt nicht vom Fleck. Schon 2011 sollten profitable Häfen verkauft werden – auch der Hafen von Piräus, der Athen bedient. Tatsächlich haben bisher noch nicht einmal die Berater Empfehlungen für das Projekt abgegeben, was genau verkauft werden soll, wann und für wie



Europas Politiker haben erwartet, dass der parteilose Ökonom Papademos als Regierungschef durchsetzungsfähiger wäre

# Papademos enttäuscht als Hoffnungsträger

Der griechische Premier setzt zu wenige Reformen in die Tat um



## MENSCHENRECHTSKLAGE VON HEDGEFONDS?

**Wegen möglicher Verluste** durch einen Schuldenschnitt für Griechenland prüfen Hedgefonds laut US-Medienberichten eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Eigentumsrechte würden verletzt, argumentieren sie der „New York Times“ zufolge. Eine Sprecherin des Menschenrechtsgerichtshofs erklärte, sollte eine Klage eingehen, müsse zunächst ihre Zulässigkeit geprüft werden. Nach Angaben des Menschenrechtsgerichtshofs wird bei jeder neuen Klage geprüft, ob die Kläger tatsächlich persönlich betroffen sind. In einem Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention wird das **Recht** einer jeden natürlichen oder juristischen Person auf **Achtung** ihres **Eigentums** garantiert.

Die „New York Times“ berichtete, Rechtsberater von Hedgefonds prüften die Klage vor dem Menschenrechtsgerichtshof, weil **Griechenland** derzeit **Gesetze in Arbeit** hat, die **privaten Gläubigern Verluste aufzwingen**. Das Euro-Sorgenkind Griechenland ist auf einen Schuldenschnitt dringend angewiesen, um eine Staatspleite abzuwenden. Den teilweisen Schuldenerlass in Höhe von 50 Prozent sollen private Gläubiger wie Banken, Versicherungen und eben Hedgefonds freiwillig schultern. Die Zeitung berichtet, nicht alle Hedgefonds wünschten eine Klage beim Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. So werde es Jahre bis zu einem Urteil dauern und voraussetzen, dass zuvor der Rechtsweg in Griechenland ausgeschöpft sei.

viel. Thanos Pallis, in der Regierung Papademos Generalsekretär für Häfen und Häfenpolitik, orakelte Ende Dezember, wahrscheinlich werde Athen mit den Euro-Ländern und dem IWF die gesamte Häfenprivatisierung neu verhandeln – sprich: zurücknehmen.

Kern jedes griechischen Reformpaketes müsste der Abbau des überbesetzten Staatsapparates sein. Allein im Beamtenapparat könnten Analysten zufolge 300 000 Stellen abgebaut werden. „Papademos scheut wie sein Vorgänger Papandreou vor der Entlassung von Beamten zurück, die der Verfassung zufolge durchaus möglich ist“, sagt der ehemalige Finanzminister Stefanos Manos. Als ersten konkreten Schritt sagte Athen lediglich zu, bis Ende 2011 rund 30 000 Beamte abzubauen. Auch dieses Ziel wurde weit verfehlt. Um Personalabbau zu verhindern, verweigerten etliche Ministerien und Behörden slicht die nötigen Angaben. „Bisher stehen gerade 7000 Beamte weniger in der Bilanz“, so Manos. „Selbst hier wurde getrickst, weil es sich um Rentner handelt, die ohnehin ein halbes Jahr später gegangen wären.“

Die Folge der mangelnden Sparbemühungen: Griechenlands Finanzen sind weiter im freien Sturzflug. Daran dürfte sich nicht einmal dann viel ändern, wenn die Regierung sich doch mit Privatgläubigern über eine Halbierung von gut 200 Mrd. Euro staatlicher Schulden einigt. Von einem geringeren Haushaltsdefizit ist Athen weit entfernt, erst recht von einem für Schulden entscheidenden Überschuss seiner Leistungsbilanz. 2011 lag Griechenlands Haushaltsdefizit bei über zehn Prozent, weit über dem ursprünglichen Sparziel von 7,5 Prozent.

# Minijobber erhalten meist Niedriglöhne

Studie: Durchschnittslohn liegt bei knapp acht Euro die Stunde. Jedes fünfte Arbeitsverhältnis ist ein Minijob

■ Nur neun Prozent der Minijobber wechseln in ein Normalarbeitsverhältnis

### FLORA WISDORFF

Minijobs gehören abgeschafft – dieser Meinung ist die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung. Die Jobs auf 400-Euro-Basis sind den Wissenschaftlern zufolge in vielerlei Hinsicht schädlich.

Vor allem bemängeln sie, dass Minijobber besonders wenig verdienen. Im Jahr 2009 hätten sie zu 88 Prozent einen Stundenlohn erhalten, der das mittlere Stundenentgelt um mehr als ein Drittel unterschritt und damit als Niedriglohn gilt. „Minijobber werden vielfach systematisch geringer bezahlt“, sagte die Arbeitsmarktexpertin der Stiftung, Dorothea Voss. Unternehmen nutzten Minijobs, in denen überwiegend Frauen ar-

beiten, offenbar gezielt, um Personalkosten zu drücken, stellt die Stiftung fest. Nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung gab es in Deutschland im Frühjahr 2011 rund 73 Millionen Minijobs. Damit war etwa jedes fünfte Arbeitsverhältnis ein Minijob. Für 4,8 Millionen Menschen, darunter 3,2 Millionen Frauen, war der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit.

Auch Wissenschaftler weisen immer wieder auf Fehlentwicklungen bei der geringfügigen Beschäftigung hin, die nicht zuletzt Lücken in die Sozialkassen reißen. Holger Bonin, Arbeitsmarktexperte vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), sieht zwar Unsicherheiten in der genauen Berechnung der Stundenlöhne der Minijobber. Doch hält auch er die Beschäftigungsform für problematisch, insbesondere für gering qualifizierte Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber hätten in der Tat eine gewisse Macht, über die Stundenzahl der

Minijobs den Lohn zu drücken – um so einen Teil des Gewinns, den der Arbeitnehmer macht, weil er weder Steuern noch Abgaben zahlt, bei sich zu behalten. Bei Minijobs beträgt der Lohn maximal 450 Euro, die monatliche Zahl der Arbeitsstunden ist jedoch unbegrenzt.

In der Praxis erhielten viele Minijobber nur die gleichen Nettolöhne wie Kollegen mit längerer Arbeitszeit, betonte Voss unter Berufung auf Fallstudien aus Handel, Gesundheitswesen, Gast- und Reinigungsgewerbe. Das sei gesetzeswidrig. Die finanziellen Vorteile des Minijobs bei Besteuerung und Sozialversicherungsbeiträgen kämen damit anders als vom Gesetzgeber geplant dem Arbeitgeber und nicht dem Minijobber zugute.

Minijobber, die zusätzlich Hartz IV beziehen, würden besonders schlecht entlohnt. Hartz-IV-Aufstocker mit Minijob hätten 2009 im Schnitt nur 6,08 Euro pro Stunde verdient. Der Durchschnittslohn von Minijobbern ohne Harz

IV habe dagegen bei 8,16 Euro gelegen. Bei Aufstockern werde die staatliche Grundsicherung vom Arbeitgeber vornehmlich mit einbezogen.

Minijobs sind den Forschern zufolge auch kein Weg für Arbeitslose in einen sozialversicherungspflichtigen Job. Im Zuge der Hartz-Reformen hatte man die Minijobs so verkauft. Doch lediglich neun Prozent der geringfügig Beschäftig-

Eines der Reformhemmnisse: Die Parteien Pasok und Neue Demokratie (ND), die die Pfründe in Griechenland jahrzehntelang untereinander aufteilten, dominieren auch das Kabinett Papademos. Der grauhaarige Ex-Banker Papademos trifft regelmäßig die Parteiführer – Giorgos Papandreou, der als Regierungschef zurückgetreten ist, aber immer noch die Pasok-Partei führt, und den konservativen ND-Chef Antonis Samaras. Keiner von ihnen will vor einer provisorisch für April angesetzten Wahl scharfe Einschnitte, die ihre Klientel trafen. „Am Vormittag sagt Papademos im Kabinett, welche Reformen unverzichtbar sind, am Nachmittag sägen Papandreou und Samaras sie wieder ab“, schildert ein griechischer Insider.

Papademos' Regieren per Konsens ist auch der Tradition griechischen Regierens geschuldet. Erst im vergangenen Dezember stellte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Griechenlands Regierungs- und Reformfähigkeit ein miserables Zeugnis aus – auch, weil der griechische Regierungschef gegenüber den Ministern viel weniger zu entscheiden hat als etwa die Bundeskanzlerin.

Doch Kritiker verweisen auf Möglichkeiten, solche Errstattungen aufzubrechen. „Italien hat ebenfalls eine lange Tradition von an ihren Pfründen interessierten Parteien und Politikern“, sagt Ex-Finanzminister Manos. „Doch Ministerpräsident Mario Monti machte zur Bedingung für seinen Antritt, dass er auf alle Schlüsselposten der neuen Regierung unabhängige Fachleute setzen konnte. Papademos hat darauf verzichtet und bleibt auf die etablierten Parteien angewiesen. In Rom hat Monti binnen Wochen ein scharfes Reformpaket durchgesetzt. Bei uns ist alles beim Alten geblieben. Nur wenn die Troika nach Athen kommt, werden hektisch ein paar Reformen versprochen. Dann geht es weiter wie zuvor.“

Wie zuvor üben sich Griechenlands Parteien im politischen Hauen und Stechen – auch innerhalb der Regierung. Dort ätzen etwa die sozialistischen Schlüsselminister Evangelos Venizelos (Finanzen) und Anna Diamantopoulou (Bildung) gegen die konservativen Schlüsselminister Stavros Dimas (Außenministerium) und Dimitris Avramopoulos (Verteidigung). Da schimpft Papademos' Stellvertreter Theodoros Pangalos, alle, die die Drachme zurückhaben wollten, seien „Kommunisten, Faschisten oder Idioten“, und der Sprecher der Konservativen keilt wegen der „un glaublichen Vulgarität“ zurück. Ein öffentliches Machtwort oder eine demonstrative Entlassung eines unbotmäßigen Ministers oder Beamten hat Papademos bisher unterlassen. Sichtbar bemüht, die Gegensätze unter den Teppich zu kehren, pries der Regierungschef sein Kabinett vor wenigen Tagen als „Regierung der nationalen Einheit“. Während Italiens Premier Monti Lust am politischen Kampf zu haben scheint, fühlt sich Papademos dabei sichtlich unwohl. Bis heute hat der Regierungschef keine Pressekonferenz gegeben und versucht, die Griechen mit dramatischen Auftritten auf einschneidende Reformen einzustimmen. Dabei hätte Papademos dafür – noch – ein gutes Mandat. Der Meinungsforschungsgruppe Public Issue zufolge kommt er auf 55 Prozent Zustimmung. Die Arbeit der aus den etablierten Parteipolitikern bestehenden Regierung aber lehnen 91 Prozent der Griechen ab – elf Prozent mehr als im Dezember. Es dürfte nicht lange dauern, bis die Unzufriedenheit mit den vielen auch den einen an der Spitze erreicht.

Firmen nutzen Minijobs offenbar gezielt, um Personalkosten zu drücken

Böckler-Stiftung